

„Ich bin ein Fan der Reformpädagogik“

Kultusminister Ludwig Spaenle erklärt, warum er trotzdem bei den beliebten Montessori- und Waldorfschulen sparen will

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate kürzt das Kultusministerium die Zuschüsse für die 139 staatlich genehmigten Volksschulen in Bayern. Betroffen sind vor allem Montessori- und Waldorfschulen. Im vergangenen Schuljahr wurden die Personalkosten gekürzt. Jetzt soll auch noch bei den Sachkosten gespart werden. Die betroffenen Schulen fühlen sich ungerecht behandelt. Ein Gespräch des Montessori-Landesverbands mit Vertretern des Kultusministeriums am Donnerstag hat daran nichts geändert. Die SZ sprach mit Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) über die Hintergründe der Sparmaßnahme, die auch bei vielen Eltern für großen Unmut sorgt.

Die Einsparungen bei den Montessori- und Waldorfschulen fallen im Verhältnis zum Gesamthaushalt des Kultusministeriums kaum ins Gewicht, richten aber großen Schaden an: Viele der betroffenen Schulen sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Warum nehmen Sie das in Kauf?

Es geht nicht primär ums Sparen. Es geht darum, die Berechnung der Zuschüsse für Privatschulen zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für Staat und

Schulen zu reduzieren, indem Pauschalen eingeführt werden.

In Ihrem Schreiben an die Schulen steht aber explizit, dass „Einschränkungen bei der staatlichen Förderung“ gemacht werden müssen, um den Haushalt zu konsolidieren. Man kann das auch Sparen nennen.

Es ist richtig, dass die Förderung zum Beispiel bei den Fahrtkosten und den Mieten gemindert werden soll. Es gibt aber Schulen, zum Beispiel in Oberfranken und in der Oberpfalz, die damit überhaupt kein Problem haben und mit den Pauschalen finanziell sogar besser gestellt werden, als mit der derzeit noch gültigen Regelung. Ich gebe zu, dass es auch Schulen gibt, die weniger bekommen.

Zu den Verlierern gehören viele Montessorischulen, unter anderem, weil die meisten dieser Schulen auf dem Land sind, wo die Fahrtwege weit und deshalb die Fahrtkosten hoch sind.

Auch auf dem Land gibt es Schulen, die effizienter mit der Unterstützung bei Fahrtkosten und Mieten umgehen als andere. Gerade bei den Montessorischulen



Kultusminister Ludwig Spaenle dpa

gibt es große Unterschiede. Wir werden deshalb bis zum Winter 2012 überprüfen, wie sich die Neuregelung auf die einzelnen Schulen auswirkt. Dann werden wir sehen, ob es sich bei den Verlierern um Einzelfälle handelt oder ob tatsächlich viele Schulen deutlich weniger Zuschüsse bekommen. Auf Grundlage dieser Prüfung werden wir nochmals mit den Trägern sprechen.

Heißt das, dass Schulen, die dann erwiesenermaßen Verluste machen, Chancen haben, wieder mehr Zuschüsse zu bekommen?

Wir werden diesen Schulen entgegenkommen, indem wir die Zuschüsse nicht von einem Jahr auf das andere voll kürzen, sondern Schritt für Schritt über mehrere Jahre hinweg. Unser Vorschlag wäre, jedes Jahr 20 Prozent der Summe zu kürzen, die eingespart werden muss.

Die Schulen, die Verluste machen, werden das durch eine Erhöhung des Schulgeldes auffangen müssen. Das heißt, die Eltern bezahlen das Geld, das der Staat einspart. Das ist verfassungsrechtlich gar nicht erlaubt.

Wir streben bis zum Ende der Legislaturperiode an, dass der Schulgeldersatz, den Privatschulen für jeden Schüler pro Unterrichtsmonat vom Staat bekommen, von 75 Euro auf 100 Euro erhöht wird. Diese Entlastung können die Schulen an die Eltern weitergeben, indem sie weniger oder gar kein Schulgeld verlangen. Ich habe ja nichts gegen Montessori- oder Waldorfschulen. Ich bin sogar ein Fan der Reformpädagogik.

Es besteht aber ein gewisser Widerspruch zwischen dieser Beteuerung und der Tatsache, dass genau bei den Schulen, die so arbeiten, dauernd gekürzt wird. Die Schulen empfinden das als blanken Zynismus und haben den Verdacht, dass sie als unliebsame Konkurrenz angesehen werden, die ausgeschaltet werden soll.

Mir ist bewusst, dass Montessori- und Waldorfschulen bei vielen Eltern sehr beliebt sind. Diese Schulen haben interessante pädagogische Ansätze, an denen sich öffentliche Schulen sogar immer wieder orientieren. Ein Beispiel ist die verstärkte individuelle Förderung im Unterricht.

Viele Montessori-Schulen entstehen in kleinen Gemeinden auf dem Land, in denen staatliche Volksschulen wegen Schülermangels schließen mussten. Ärgert Sie das?

Jeder private Träger kann selbst entscheiden, wo er eine Schule gründen möchte.

Interview: Tina Baier und Manuela Warkocz